

NIEDERSCHRIFT

zur 21. (Sonder-)Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
in der 17. Legislaturperiode
am Mittwoch, 24.01.2024, im Ratssaal des Rathauses

Sitzungsbeginn: 17:01

Sitzungsende: 18:21

Anwesend waren unter dem Vorsitz von

Bürgermeister Pospischil

die Ausschussmitglieder

Stadtverordneter Friedhelm Arens
Stadtverordneter Cirino Artino
Stadtverordneter Ulrich Bock
Stadtverordneter Wendelin Heinemann
Stadtverordnete Inga Isphording-Wache
Stadtverordneter Sascha Koch
Stadtverordneter Ralf König
Stadtverordnete Nicole Kost
Stadtverordnete Kathrin Rameil
Stadtverordneter Winfried Richard
Stadtverordneter Kevin Risch
Stadtverordneter Bernd Strotkemper
Stadtverordneter Gregor Stuhldreier
Stadtverordneter Wolfgang Teipel
Stadtverordneter Ralf Warias

als Gast:

./.

als Zuhörer:

Stadtverordneter Sebastian Ohm

von der Verwaltung:

Beigeordneter Graumann
Dezernent Hesener
Dezernent Hesse
Stadtoberverwaltungsrat Gabriel
Verwaltungsangestellter Vogt
(als Schriftführer)

Entschuldigt fehlte das Ausschussmitglied

Stadtverordneter Wolfgang Langenohl

I. Öffentlicher Teil

Bürgermeister Pospischil begrüßte die Presse sowie die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmer. Sodann stellte er die Beschlussfähigkeit fest.

1. Beratung des Protokolls über die letzte Sitzung vom 25.10.2023

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss wie folgt:

Beschluss:

Form und Inhalt des Protokolls über die letzte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.10.2023 - öffentlicher Teil – werden gebilligt.

Beratungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

2. Einwohnerfragestunde

Es ergaben sich keine Fragen.

3. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW

Es gab keine Anregungen und Beschwerden.

4. Wirtschaftsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2024 (ohne Vorlage)

Bürgermeister Pospischil informierte, dass die letzte Sitzung des Forstausschusses aufgrund des Cyberangriffes ausgefallen sei. Da der Haupt- und Finanzausschuss der Sammelausschuss für alle anfallenden Angelegenheiten sei, welche nicht zeitnah im Fachausschuss behandelt werden könnten, stehe diese Angelegenheit heute auf der Tagesordnung.

Stadtoberverwaltungsrat Gabriel erläuterte kurz die Eckdaten des Wirtschaftsplanes. In der nächsten Sitzung des Forstausschusses bestünde die Möglichkeit, diese im Detail durchzugehen. Er ergänzte, dass der Wirtschaftsplan vor dem Haushalt beschlossen werden müsse, da dieser Teil davon sei.

Stadtverordneter Heinemann erkundigte sich bezugnehmend auf eine Förderung, warum keine Einnahmen im Wirtschaftsplan ausgewiesen seien.

Stadtoberverwaltungsrat Gabriel antwortete, dass die angesprochene Förderung vor Beginn der Maßnahme abgeklärt werde, weswegen sie nicht im Plan ausgezeichnet sei.

Stadtverordneter Strotkemper sagte, dass im letzten Jahr ein Wiederaufforstungskonzept beschlossen worden sei. Somit sei die Zeit, in welcher Erträge erzielt würden, bald vorbei. Jedoch ließen sich Forstflächen als Ökokulturen bereitstellen, womit man Ökopunkte sammle, welche unter anderem für die Errichtung des Industriegebietes Eckenbachtal dringend benötigt würden.

Nach Beantwortung von Nachfragen zur möglichen Veranschlagung von Förderungen der Stadtverordneten Rameil beschloss der Haupt- und Finanzausschuss wie folgt:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss wie folgt:

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2024 wird gebilligt.

Beratungsergebnis: einstimmig

5. *Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2024 (Vorlage 1/2024)*

Bürgermeister Pospischil informierte, dass der Haushalt für das Jahr 2024 im November 2023 aufgrund des Cyberangriffs nicht vorgelegt werden konnte. Man musste diesen unter hohem Aufwand händisch neu erstellen, weshalb er in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Dezember eingebracht werden konnte. Nach den heutigen Vorberatungen würde der Haushalt dann im Optimalfall in der Stadtverordnetenversammlung in der nächsten Woche beschlossen. Sogleich werde Dezernent Hesener einige zwischenzeitliche Änderungen vorstellen, die sich hauptsächlich aufgrund des Kreishaushaltes ergeben hätten.

Dezernent Hesener erläuterte sodann, dass Konsolidierung das Gebot der Stunde bleibe. Das Defizit falle zwar von 15,5 Mio. € auf 13,2 Mio. €, die mittelfristige Finanzplanung des Kreises würde jedoch zu noch höheren Kreisumlagen in der Zukunft führen. Dazu werde man sich in einer Stellungnahme, welche mit den anderen Kommunen im Kreis abgestimmt werde, positionieren.

Man habe alle eingegangenen Anträge in der Änderungsliste aufgeführt, so Dezernent Hesener. Zum Produkt 25.281.01 „Kulturförderung und Heimatpflege“, Nr. 5318014 „Zuschüsse zu Gemeinschaftsinitiativen“ sei jeweils ein Antrag der CDU-Fraktion und der UfA-Fraktion eingegangen. Während die CDU-Fraktion beantrage, die vorgesehenen Haushaltsmittel um 10.000 € auf 30.000 € zu erhöhen, beabsichtige die UfA-Fraktion eine Erhöhung auf 37.500 €. Die CDU-Fraktion strebe eine Kompensierung durch nicht benötigte Mittel beim Ansatz „Fassadenbegrünung Sonnenschule“ an, die UfA-Fraktion plane die Mittel durch Einsparungen beim Ansatz für den Kultursommer zu decken.

Dezernent Hesener führte an, man habe nicht benötigte Mittel aus dem Ansatz „Fassadenbegrünung Sonnenschule“ bereits für die weitere Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften umgewidmet. Die Fassadenbegrünung der Sonnenschule solle im Jahr 2025 erfolgen. Dann erhoffe man sich eine 80-prozentige Förderung.

Bürgermeister Pospischil bedankte sich für die überschaubare Anzahl an Anträgen und bat darum, diese noch einmal zu nennen, damit die Vollständigkeit gewährleistet sei.

Stadtverordneter Richard erkundigte sich zur Aufnahme von Liquiditätskrediten.

Dezernent Hesener erläuterte, dass man insbesondere durch die langfristige Geldanlage zur Vermeidung von Negativzinsen voraussichtlich zur Aufnahme von Liquiditätskrediten gezwungen sei.

Stadtverordneter Warias berichtete von einem Antrag der FDP-Fraktion zur Auflistung aller freiwilligen Leistungen der Hansestadt Attendorn, welcher eigentlich in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses behandelt werden sollte. Da diese Sitzung nun ausfalle, bat er um die Behandlung des Antrages im Rahmen der Haushaltsberatung. Sodann verlas er den Antrag und führte an, das Vorgehen wäre wichtig, um zu überprüfen, ob die entsprechenden Leistungen noch zeitgemäß und sinnvoll seien.

Bürgermeister Pospischil ging kurz auf den Ausfall der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 07.02.2024 ein. Er sprach sich für eine Behandlung des Antrages der FDP-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatung aus und ergänzte, der Antrag könne helfen, mehr Transparenz zu schaffen.

Stadtverordneter Arens sprach sich für den Antrag aus. Weiter sagte er aus, die UfA-Fraktion unterstütze den CDU-Antrag zu Gemeinschaftsinitiativen.

Hilfreich nannte den Antrag der FDP-Fraktion Stadtverordnete Rameil. Sie sprach den Zuspruch der CDU-Fraktion aus.

Den Zuspruch der SPD-Fraktion sprach Stadtverordneter Risch aus, bevor er auf gute interfraktionelle Gespräche verwies, aus welchen nur ein Dissens geblieben sei: der Jugendtreff in Helden. Sodann erläuterte er kurz den Sachstand und führte Gründe auf, warum der Jugendtreff weiter angemietet werden solle. Unter anderem ging er auf die Anzahl der Jugendlichen, welche den Jugendtreff frequentierten, ein und hob hervor, wie wichtig es für diese sei, einen Ort ohne ständige Kontrolle von Erwachsenen zu haben. Dass das Dorfhaus ein solcher Ort für die Jugendlichen werden könne, bezweifele er. Abgesehen davon werde das Dorfhaus gut angenommen, was 150 Nutzungen seit März 2023 beweisen würden. Ob bei dieser Frequenz eine regelmäßige Belegung des Dorfhauses am Wochenende durch die Jugendlichen möglich sei, stellte er infrage. Er sagte aus, dass man die Frequenz im Jugendtreff selbstverständlich weiter beobachten müsse. Abschließend informierte er, dass das Weiterbestehen des Jugendtreffs nicht förderschädlich für das Dorfhaus sei.

Zum Thema Förderung ergänzte Bürgermeister Pospischil, dass eine Absprache mit der Bezirksregierung stattgefunden habe. Diese habe bestätigt, dass das Bestehenbleiben des Jugendtreffs nicht förderschädlich sei. Ein Beschluss hierzu müsse jedoch gefasst werden. Er ergänzte, es gehe aktuell lediglich um die Anmietung für die letzten Monate dieses Jahres, woraus sich ein Betrag von ca. 1.400 € ergebe. Eine Anmietung sei seiner Meinung nach vorerst möglich, die weitere Vertiefung müsse dann im Fachausschuss erfolgen.

Stadtverordneter Bock ging auf einen Antrag der SPD-Fraktion zum mobilen Hochwasserschutz ein. Es komme vermehrt zu Starkregenereignissen und man habe den Eindruck, auf diese nicht wirklich vorbereitet zu sein. Daher solle man einen mobilen Ansatz verfolgen. Im Antrag sei die Machbarkeit dargestellt. Natürlich handele es sich dabei nur um ein Provisorium. Positiv hob er hervor, dass kein neuer Ansatz geschaffen werden müsse. Man könne 10.000 € aus einem vorhandenen Ansatz nehmen.

Stadtverordnete Rameil erkundigte sich, ob eine Weiterführung des Mietverhältnisses bis zum Jahresende von Seiten des Vermieters überhaupt möglich sei.

Bürgermeister Pospischil antwortete, dies müsse man abfragen. Dafür müsse jedoch erst ein entsprechender Beschluss vorliegen.

Stadtverordneter Warias sagte aus, die FDP-Fraktion trage die modifizierten Anträge mit. Den SPD-Antrag zum Hochwasserschutz finde er gut. Beim Thema Jugendtreff sei man in der Fraktion noch unentschlossen, die Beschlusslage sei jedoch eigentlich klar. Er schlage vor, die Fraktionen machen sich bis zur kommenden Ratssitzung Gedanken zu dem Thema.

Beigeordneter Graumann fügte zum Thema Hochwasserschutz hinzu, dass man hierzu Kontakt mit der Feuerwehr gehabt habe. Die Leitung wolle sich zunächst inhaltlich mit dem Thema befassen. Es gebe viele Optionen, jedoch seien diese teilweise für langsam ansteigendes Wasser geeignet und nicht für rasant ansteigendes, wie bei Starkregenereignissen.

Bürgermeister Pospischil sagte zum Jugendtreff, dass die Mittel bei positiven Beschluss nicht zur Verfügung gestellt werden würden, nur um den Jugendtreff dann gegen Jahresende doch zu schließen. Die gewonnene Zeit solle, im Falle der Beschlussfassung, im Fachausschuss zur inhaltlichen Aufarbeitung genutzt werden.

Sodann schlug Stadtverordneter Risch vor, die Vorlage ohne Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung weiterzugeben.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie folgt:

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Empfehlung an den Rat verwiesen.

Beratungsergebnis: 15 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

6. Bekanntgaben

6.1 Cyberangriff – Sachstand und wichtige Informationen

Bürgermeister Pospischil gab bekannt, dass die SIT und die Mitarbeiter/innen im Hause mit Nachdruck daran arbeiten würden, möglichst viele Dienstleistungen wieder anbieten zu können. Eine komplette Handlungsfähigkeit, wie vor dem Hackerangriff, sei allerdings bei Weitem noch nicht gegeben.

Vor dem regulären Steuertermin am 15.11.2023 habe die Hansestadt Attendorn darauf hingewiesen, dass wegen des Cyberangriffs auf die Kommunen keine Abbuchung der fälligen Beträge der Grundbesitzabgaben und Gewerbesteuer erfolgen könne. Derzeit werde mit Hochdruck an einer zeitnahen Nachholung der Abbuchungen gearbeitet. Um spätere Überraschungen beim Blick auf den Kontoauszug vorzubeugen, weise die Hansestadt Attendorn darauf hin, dass die eigentlich im November des vergangenen Jahres fälligen Beträge aller Voraussicht nach Anfang Februar auf den Konten der Bürgerinnen und Bürger bzw. Gewerbetreibenden belastet würden. Dies gelte natürlich nur dann, wenn eine Einzugsermächtigung erteilt und der fällige Betrag nicht vorab per Überweisung ausgeglichen wurde. Die Versendung der Grundbesitzabgabenbescheide sowie der Gewerbesteuerbescheide 2024 erfolge voraussichtlich im März 2024.

Einige Fachverfahren, die im Bürgerbüro, im Standesamt und Sozialamt genutzt würden, funktionierten wieder, sodass viele wichtige Dienstleistungen in diesen Bereichen bereits wieder erbracht würden, so Bürgermeister Pospischil.

Weitere Fachverfahren seien im Not-LAN in Betrieb genommen worden. SD.NET werde demnächst in den Testlauf gehen. Hier sei Attendorn die Testkommune. Man hoffe, dass die SIT einen zeitnahen Test und damit verbunden die zeitnahe Wiedereinführung des Programms ermögliche. Hierzu informiere man, sobald weitere Informationen vorlägen.

Die wesentlichen Datei-Serverdaten seien schon zurückgesichert und auch wieder im Dienstbetrieb nutzbar. Restliche Daten würden in naher Zukunft durch die SIT zurückgesichert. Das DMS und die hier abgelegten Daten seien noch nicht nutzbar.

Die Mitarbeitenden verfügten wieder über ihre eigenen Laptops und könnten Office-Produkte, freigegebene Fachverfahren und das Internet am Arbeitsplatz nutzen.

Zudem könnten die Kolleginnen und Kollegen wieder ihre eigenen E-Mail-Adressen zur gewohnten Kommunikation nutzen. Die Rücksicherung alter Inhalte (E-Mails und Termine) habe jedoch noch nicht stattgefunden.

6.2 Anlegung von Versickerungsmulden im Bereich des Stadtwaldes

Bürgermeister Pospischil gab bekannt, dass die Stadtverordnetenversammlung der Hansestadt Attendorn in ihrer Sitzung am 14.12.2022 für die Erstellung und Ausführung eines Konzeptes zur Schaffung von Versickerungsmulden im Bereich des Stadtwaldes Haushaltsmittel über 20.000,00 € im Haushalt 2023 bereitgestellt habe. Das Konzept sollte mit Hilfe des zuständigen Försters und ggf. eines externen Fachbüros erarbeitet werden.

Im Laufe des Jahres 2023 seien mehrere Abstimmungsgespräche im Hause unter Einbindung des Dienstleisters, vertreten durch Herrn Franke-Hameke, durchgeführt worden. Auch seien Informationen eingeholt worden, inwiefern Rückhalte- und Versickerungsmaßnahmen für die Abmilderung von Hochwasser und sommerlicher Bodentrockenheit in Wäldern andernorts vollzogen würden.

Um ein derartiges Projekt aufzusetzen, seien folgende Einzelmaßnahmen anzuraten:

- 1) Identifikation von Hotspots der Abflusskonzentration in Waldgebieten
- 2) Analyse der Oberflächen-Topografie und des Wegenetzes im Hinblick auf eine Zwischenspeicherung und Versickerung von Oberflächenwasser im Wald
- 3) Wirkungsbewertung dezentraler Rückhalte- und Versickerungsmaßnahmen für die Abmilderung von Hochwasser und sommerlicher Bodentrockenheit

Mit Hilfe dieser Analysen sei eine Optimierung der Wasserführung und Wegeentwässerung möglich, die u. a. die Reduktion der Hochwasser- und Erosionsgefahr, die Verbesserung der Bodenfeuchte in Waldbeständen und die Reduktion von Wegeunterhaltungskosten zum Inhalt hätten.

Im Rahmen der Waldstrategie Baden-Württemberg sei im April 2023 ein entsprechendes Projekt aufgesetzt worden, um die derzeit noch sehr wenigen Erkenntnisse über die Wirkung derartiger Maßnahmen zu erkunden. Es sei vorgesehen, einen Handlungsleitfaden zum Wasserrückhalt inkl. eines Kataloges geeigneter Maßnahmen, detaillierte Karten zur Abflusskonzentration und zur kritischen Querung von Infrastruktur in den Modellregionen als Arbeitsgrundlage für die Waldbewirtschaftung zur Optimierung der Wasserführung sowie detaillierte Karten zur sinnvollen Lokalisierung von Rückhalte- und Versickerungsmaßnahmen als Planungsgrundlage für die Umsetzung von Maßnahmen in Untersuchungsgebieten sowie Best-Practice-Beispiele geeigneter Rückhaltemaßnahmen für den Wissenstransfer zu erarbeiten. Hierzu seien fünf Regionalzonen eruiert worden, so dass am Ende des Jahres 2025 nähere Erkenntnisse in diesem Forschungsprojekt vorlägen.

Der Bürgermeister schlage vor, vorerst aufgrund der Komplexität und der effektiven Umsetzung derartiger Maßnahmen, dieses Thema im Jahr 2026 nochmals aufzugreifen. Bis dahin solle im Rahmen des Wegebbaus und der Instandsetzung der Wirtschaftswege die Rückleitung des Wassers in den Wald unabhängig von den Erkenntnissen zur Anlegung von Versickerungsmulden vermehrt vollzogen werden.

Da durch die auflaufende Naturverjüngung derzeit keine Gefahr der Wassererosion auf diesen Flächen bestehe und die Naturverjüngung das Wasser auf den Flächen halte, sei ein Zuwarten zu verantworten.

7. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

7.1 UfA-Fraktion – Verschiedene Anfragen zur Innenstadt

Fassadenbegrünung Wasserstraße

Die UfA-Fraktion fragte an, wie die Resonanz der Hauseigentümer zu Begrünung ihrer Fassaden gewesen sei.

Bürgermeister Pospischil antwortete, dass im Bereich der Wasserstraße alle Gebäudeeigentümer angeschrieben und informiert worden seien, dass Fassadenbegrünungen gewünscht und auch geförderte würden. Bei einigen Immobilien ergaben sich Schwierigkeiten des Anbringens einer solche Begrünung z. B. durch das Vorhandensein von Markisen über den Auslagen der Geschäfte. Lediglich das Gebäude Wasserstraße 13 am Beginn der Wasserstraße habe zugesagt, eine Begrünung vornehmen zu wollen.

Die UfA-Fraktion fragte an, ob an den städtischen Gebäuden Wasserstraße 2-4 und am Südsauerlandmuseum noch Pflanzbeete angelegt würden.

Bürgermeister Pospischil antwortete, dass die GEBA derzeit die Anbringung einer Fassadenbegrünung am Gebäude Wasserstraße 2-4 prüfe. Eine Fassadenbegrünung am Südsauerlandmuseum könne aus tiefbautechnischer Sicht nicht erfolgen, da die herzustellenden Pflanzbeete im Straßenraum nicht angelegt werden könnten, da verschiedenste Einbauten (Unterflurverteiler, Einbaustrahler, Schieberkappen, Drainageleitungen und Entwässerungsrinnen) dies verhinderten.

Beleuchtung öffentlicher Gebäude

Die UfA-Fraktion fragte an, ab wann es möglich sei, die Schaltzeiten und die Lichtfarben zu ändern.

Bürgermeister Pospischil antwortete, dass für die Steuerung von Schaltzeiten und Lichtfarben noch zentrale Steuerelemente in den einzelnen Verteilerstationen nachgerüstet werden müssten. Das dafür benötigte Material sei bereits bestellt und solle nach der Lieferung im Frühjahr eingebaut werden. Eine Steuerung erfolge dann abschnittsweise, je nach Verteilerstation. Somit könnten die Bereiche Kloster-/Rathausplatz (Verteiler Torenkasten) und Alter Markt/Wasserstraße (Verteiler Im Sackhof) getrennt voneinander gesteuert werden. Zu den einzelnen Gebäuden bzw. Bäumen in den beiden Bereichen gehörten dann u. a. die evangelische Erlöserkirche, die Stadtvillen am Klosterplatz, das Rathaus, die Baumbeleuchtung am Kloster- und Rathausplatz, der Sauerländer Dom, das Südsauerlandmuseum und die Baumbeleuchtung in der Wasserstraße. Alle weiteren Akzentbeleuchtungen würden über die Straßenbeleuchtung eingespeist und seien somit nicht über eine Zeitschaltung zu steuern. Eine Änderung der Lichtfarbe werde bei der Baumbeleuchtung am Kloster- und Rathausplatz, dem Sauerländer Dom und dem Südsauerlandmuseum möglich sein.

Die UfA-Fraktion fragte an, ob noch eine Beleuchtung des Kirchturms geplant sei.

Bürgermeister Pospischil antwortete, dass die Beleuchtung des Kirchturms des Sauerländer Doms geplant sei und im Frühjahr installiert werden solle.

Polleranlage Niederste Straße

Die UfA-Fraktion fragte an, wann die Anlage wieder in Betrieb genommen werde.

Bürgermeister Pospischil antwortete, dass der Montagetrupp der beauftragten Fa. Hörmann am 22.01.2024 vor Ort gewesen sei und festgestellt habe, dass eine Platine defekt sei und ausgetauscht werden müsse. Die Ersatzplatine sei bestellt und werde schnellstmöglich eingebaut.

Die UfA-Fraktion fragte an, wer für die Kosten aufkomme und ob die Reparaturen noch im Rahmen der Gewährleistung seien.

Bürgermeister Pospischil antwortete, wer die Kosten zu übernehmen habe, entscheide sich erst nach der endgültigen Reparatur. Sollte ein Materialfehler vorliegen, gingen die Kosten zu Lasten des Pollerherstellers, sollte der Schadenseintritt dem Bürgermeister zu Lasten gelegt werden können, habe dieser die Kosten zu tragen.

7.2 Stadtverordneter Risch – Sachstand Ihnetalbrücke

Stadtverordneter Risch erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand der Baustelle an der Ihnetalbrücke. Drohe eine zeitnahe Sperrung? Falls ja wolle er wissen, ob die Möglichkeit bestehe, bestimmte Straßen als Einbahnstraße zu deklarieren, um den Verkehrsfluss zu verbessern. Weiter teilte er mit, dass die Baustellenampel teilweise sehr einseitigen Stau verursache.

Bürgermeister Pospischil antwortete, dass die einseitigen Staus bereits aufgefallen seien und man dies dem Landesbetrieb mitgeteilt habe. Die Einrichtung von Einbahnstraßen sei kein probates Mittel und würde für die Anwohner enorme Umwege bedeuten. Eine Sperrung der Brücke sei geplant, der Landesbetrieb wisse jedoch noch nicht genau, zu welchem Zeitpunkt. Man müsse darauf vertrauen, rechtzeitig in Kenntnis gesetzt zu werden. Er informierte weiter, dass im Bauablaufplan zwei Vollsperrungen in drei Jahren über jeweils drei Wochen geplant gewesen seien. Die nun anstehende Sperrung sei jedoch keine davon und solle ungefähr einen Monat andauern.

7.3 Stadtverordneter Teipel – Sperrung Ihnetalbrücke

Stadtverordneter Teipel erkundigte sich, ob eine Krisensitzung, wie sie damals stattgefunden habe, als das Thema aufkam, wieder geplant sei. Generell sei der Verkehr bei einer Brückensperrung kaum zu stemmen, weshalb er anfragte, ob die Verwaltung die Bahn ansprechen könne, damit diese Anreize schaffe, die manche Verkehrsteilnehmer dazu bewegen könnten, auf die Bahn umzusteigen.

Bürgermeister Pospischil antwortete, eine Krisensitzung mache erst Sinn, wenn man wisse, in welchem Zeitraum die Ihnetalbrücke gesperrt werde. Er ergänzte, dass zumindest die Abzweigung nach Meinzerhagen befahrbar wäre, wenn nur die Brücke gesperrt würde. Man wolle daher beim Landesbetrieb bzw. bei der Autobahn GmbH anregen, die Sperrung frühzeitig auf der Autobahn auszuschildern. Den Vorschlag bezüglich der Bahn nahm er dankend mit.

Stadtverordneter Richard regte an, frühzeitig Hinweisschildern anzubringen, dass man sich aufgrund der Sperrung nicht auf Navigationssysteme verlassen solle.

7.4 Stadtverordneter Stuhldreier – Gebühr für die Entsorgung von Altpapier beim Recyclinghof / Ausbauplan Turbo-Kreisel / Erneuerung von Fahrplänen

Stadtverordneter Stuhldreier fragte an, ob bekannt sei, dass der Recyclinghof eine pauschale Gebühr von 2,50 € für die Entsorgung von Altpapier erhebe. Weiter erkundigte er sich, ob der Ausbauplan des geplanten Turbokreisels an der Ihnetalbrücke zur Verfügung gestellt werden könne. Er bat zudem darum, den ZWS darauf hinzuweisen, dass diverse Fahrpläne aufgrund von Vandalismus ausgetauscht werden müssten.

Bürgermeister Pospischil sicherte ihm zu, den ZWS zu informieren. Man werde außerdem Rücksprache mit dem Landesbetrieb bezüglich des Ausbauplanes halten.

Dezernent Hesener sagte, dass der Recyclinghof nur für die Entsorgung gewerblichen Altpapiers eine Gebühr erhebe. Die Entsorgung privaten Altpapiers sei kostenlos möglich. Er werde sich diesbezüglich nochmals mit dem Betreiber des Recyclinghofes abstimmen.

8. Einwohnerfragestunde (nur zu den behandelten Tagesordnungspunkten)

Es ergaben sich keine Fragen.